

Nachhaltig verwirklicht und wirklich verwaltet?

Eine kritische Bestandsaufnahme der Debatte um Governance für nachhaltige Entwicklung

Im Rahmen der Debatte um Governance und Nachhaltigkeit wurde in den letzten Jahrzehnten verstärkt betont, dass die Steuerung komplexer Probleme, wie dem Klimawandel, von der erfolgreichen Zusammenarbeit von öffentlichen Verwaltungen mit Akteuren aus Wissenschaft, Praxis, Wirtschaft und Zivilgesellschaft abhängt. Während große Einigkeit darüber besteht, dass die Umsetzung von Nachhaltigkeitspolitiken neues Wissen über interdependente ökologische, soziale und ökonomische Ursachen und Effekte von politischen Entscheidungen braucht, stehen sich in der Literatur mit Blick auf neue Ansätze für Verwaltungshandeln zwei Positionen gegenüber: auf der einen Seite diejenigen, die radikale und dringende Maßnahmen zur Implementierung durch eine technokratisch-wissenschaftliche Elite in der Verwaltung fordern (Vgl. Heilbronner 1991, Beeson, 2010; Gilley, 2012, Giddens, 2013); und auf der anderen Seite jene, die für eine starke Ausweitung von transdisziplinären und partizipativen Ansätzen zur Kooperation von Verwaltungsakteuren verschiedener Ebenen und Politikfelder mit diversen (internationalen) Akteuren plädieren (Vgl. Burnell, 2012; Hanusch, 2017; Holden, 2002; Meadowcroft et al., 2012; Scholz and Scholz, 2017).

Dieser Artikel stellt beide Positionen aus der Literatur zur Governance von Nachhaltigkeit kritisch gegenüber und argumentiert, dass sowohl aus der Perspektive starker als auch schwacher Nachhaltigkeit vor dem Hintergrund planetarer Grenzen und dem Klimawandel eine schnelle und effektive Implementierung durch Akteure der Verwaltung und *gleichzeitig* die Integration von transdisziplinärem und innovativem Nachhaltigkeitswissen in demokratischen Verfahren erforderlich wären. Aus diesem doppelten Anspruch ergibt sich jedoch die zentrale Frage: (Wie) können öffentliche Verwaltungen gleichzeitig inklusiv, partizipativ und trotzdem durchsetzungsstark sein?

Um diese Frage näher zu untersuchen, werden im zweiten Teil Ansätze aus der Literatur zu „*collaborative governance*“ mit Blick auf ihr Verständnis von Zusammenarbeit diverser interner und externer Akteure, Partizipationsprozesse, Umfang und Wirksamkeit von Verwaltungshandeln analysiert. Daraus werden schließlich Hypothesen zu neuen Anforderungen an Offenheit und Anpassungsfähigkeit von öffentlichen Verwaltungen auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Politikfeldern im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte abgeleitet. Ziel des Artikels ist es demnach einen Beitrag zur theoretischen Auseinandersetzung über kooperatives Verwaltungshandeln vor dem Hintergrund komplexer Strukturen und gesellschaftlicher Herausforderungen zu leisten.

Dr. Ulrike Zeigermann

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Fakultät für Humanwissenschaften (FWH)

Institut II: Gesellschaftswissenschaften

Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung

Zschokkestraße 32

D-39104 Magdeburg

E-Mail: ulrike.zeigermann@ovgu.de